

## 4. Schlüsse und Perspektiven

### 4.1. Ist die Hauptschule eine „Resteschule“ ?

Diese Frage ist zu verneinen. Die Beobachtungen im Projekt zeigen vielmehr, dass es sich eher um eine „Entsorgungsschule“ handelt. Nicht die Hauptschule an sich erzeugt Schulversagen, Aggression, Gewalt und Jugendkriminalität. Diese Phänomene kumulieren lediglich an ihr, da Verhalten über die Schulzuweisung entscheidet. Auffälliges Verhalten aber ist Resultat tiefgreifender Störungen in der Entwicklung. Von Freyberg und Wolff prägen in ihrer Studie den Begriff der „strukturellen Verantwortungslosigkeit“ (von Freyberg & Wolff 2005, S. 50f.). Dieser meint eine Form von Diskontinuität im Hilfeprozess, der durch den Charakter der Problemlösung geprägt ist und an anderer Stelle noch schärfer als „institutionelles Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom“ bezeichnet wird. Eine Reihe der von uns beobachteten Fälle wies an der Hauptschule Auffälligkeiten auf, die nach der Prüfung der ersten Gutachten und Zeugnisse bereits an der Grundschule bemerkt wurden. Im Rahmen von Schule und Unterricht wird dieses Verhalten aber nur als Störfaktor für den reibungslosen Unterrichtsablauf gesehen, was aber aufgrund der institutionellen Gegebenheiten auch nicht anders möglich ist. Ist der Störfaktor eliminiert, der Schüler also aus der Grundschule entlassen oder später aufgrund seines Verhaltens von Schule verwiesen worden, kehrt Ruhe ein und die pädagogische Handhabung des „Problems“ wird an einen Kollegen abgegeben. Interventionen bleiben meist aus.

„Das deutsche Regelschulsystem ist wesentlich geprägt durch seine Funktion der Auslese und Selektion. (...) Das dreigliedrige (...) deutsche Schulsystem orientiert sich zentral an der Frage der angemessenen Platzierung von Kindern und Jugendlichen *im* vorhandenen Schulsystem. Scheitern Schüler in und an ihrer Schule, so gibt es stets nur eine Ursache dafür: sie haben versagt, sie waren also falsch platziert. (...) Denn im Normalfall kommt die Regelschule – wie schlecht auch immer – aus, ohne sich um die einzelnen Schüler und ihre Probleme kümmern zu müssen. Wer nicht ‚passt‘, wird aussortiert und umplatziert. Die Schule (...) reicht Jugendliche, die diesen gegebenen schulischen Anforderungen nicht genügen ‚nach unten‘ durch.“ (von Freyberg/Wolff 2005, S. 314f.)

Als letztes Mittel bleibt in dieser Reihe nur die „ruhende Schulpflicht“. Die Beobachtungen im Projekt bestätigen die Ergebnisse dieser Studie insofern, als dass es sich bei den meisten Auffälligen um Schüler handelt, bei denen bereits in der Grundschule mittels Jugend- und Familienhilfe und anderen Mitteln hätte interveniert werden müssen um die Problematik im beobachteten Ausmaß zu verhindern, dies aber aufgrund verschiedener Ursachen, nicht zuletzt aus Mangel an Helfern durch Unterfinanzierung (beide beobachteten Schulen teilen sich z.B. einen Schulsozialarbeiter mit jeweils einer halben Stelle, die Finanzierungssituation dürfte an den anderen Schulen nicht anders sein) nicht

erfolgt ist. Insofern trifft nicht der Begriff der „Resteschule“ den Kern des Problems, sondern eben der der „Entsorgungsschule“. Diese reagiert mit verzweifelten Versuchen, ihrerseits wieder einige Schüler an die Förderschule „durchzureichen“, diese gibt aber bei weitem die nötigen Kapazitäten nicht her. Sonderpädagogische Kompetenzen gehören bis zum heutigen Tag nicht verpflichtend zur Lehramtsausbildung, also stehen letztlich Hauptschullehrerinnen und -lehrer nebst Sozialarbeitern vor einer Ballung an Problemen, die ihre Kompetenzen und den Zeitrahmen von Schule und Unterricht – selbst den der Ganztagschule – sprengt.

#### 4.2. Fazit

Die Ergebnisse des Projektes zeigen eines sehr deutlich: Intervention im Sekundarbereich kommt zu spät. Es wären zur Entspannung der Lage folgende Ansätze zu diskutieren:

- Allgemeine Erweiterung der Lehrerausbildung um diagnostische und sonderpädagogische Kompetenzen für alle Ausbildungsgänge um im Falle von Lern- oder Verhaltensstörungen bereits im Primarbereich entsprechend intervenieren zu können.
- Gleichzeitig überlappende Ausbildungsteile für Primar- und Sekundarstufenlehrer, sodass spätere Primarstufenlehrer einen genauen Einblick in die Anforderungen der weiterführenden Schulen erhalten (stellenweise bereits durch die Zusammenlegung der Studiengänge Lehramt Grund-, Haupt- und Realschule geschehen), während spätere Gymnasial-/Gesamtschullehrer Möglichkeiten und Grenzen der pädagogischen Grundlagenarbeit in der Primarstufe näher kennenlernen.
- Allokation nach der 4. Klasse nicht aufgrund subjektiver Gutachten, sondern aufgrund des Ergebnisses eines standardisierten Testverfahrens, das auch diagnostische Tests beinhaltet, um Störungen frühzeitig zu erkennen. Dies zum einem, um dem Faktor Attribuierung aufgrund sozialer Herkunft entgegenzuwirken, andererseits um bei Schülern, die schlechte Schulleistungen aufgrund von Lernstörungen erbringen, diese auch zu erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen gegenzusteuern.
- Lehrer/-innen, die an Schulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund eingesetzt sind, bedürfen zusätzlicher Qualifikation im interkulturellen Bereich.
- Kontinuierliche stadtplanerische Intervention, die über das Maß eines „Feuerwehreinsatzes“ hinausgeht, um die beschriebene Segregation einzudämmen, die die Hauptschule und ihre Klientel in „schlechte“ Stadtteile regelrecht verbannt.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass ohne eine massive Präventionsarbeit bereits in den Grundschulen sich bestimmte Muster bereits in einer Weise festgefahren haben, dass in der Altersgruppe der Sekundarstufe I in vielen Fällen keine Intervention im Sinne eines Verbesserns der Situation mit den im System Schule vorhandenen Mitteln mehr möglich ist.

Inwieweit die Ergebnisse solcher Studien schlussendlich zu einer spürbaren Modifikation schulischer Praxis führen, sei einmal dahingestellt. Walter Hornstein (1989) bemerkte bereits im Ergebnisband des Schwerpunktprogramms „Pädagogische Jugendforschung“ am Ende des Programms:

„Zum ändern gibt es aber auch hier das Phänomen der *partiellen Verwertung* von Erkenntnissen. Dies heißt, dass die Politiker und die politische Administration Übung darin entwickelten, mit ungeliebten, unerwarteten Ereignissen artistisch und ‚gespalten‘ umzugehen, d.h. sie einerseits interpretatorisch umzudeuten oder sie je nach Gelegenheit mal so und mal so zu verwerten und strategisch einzusetzen.“ (Hornstein 1989, S. 252)

Eine Forschergeneration später hat sich im Jahre 2008 daran noch nichts geändert.

#### Literatur

- Breyvogel, W. (Hrsg.) (1989): Pädagogische Jugendforschung. Erkenntnisse und Perspektiven. Opladen.
- Breyvogel, W. (Hrsg.) (1991): Piraten, Swings und junge Garde. Jugendwiderstand im Nationalsozialismus. Bonn.
- Breyvogel, W. (Hrsg.) (1993): Lust auf Randalen. Jugendliche Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Bonn.
- Breyvogel, W. (Hrsg.) (1998): Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität. Bonn.
- Breyvogel, W. (Hrsg.) (2005): Eine Einführung in Jugendkulturen. Veganismus und Tattoos. Wiesbaden.
- Breyvogel, W. & Krüger, H.-H. (Hrsg.) (1988): Land der Hoffnung – Land der Krise. Jugendkulturen im Ruhrgebiet 1900-1985. Berlin/Bonn.
- Hornstein, W. (1989): Ein halbes Jahrzehnt „Pädagogische Jugendforschung“ – Überlegungen am Ende eines Forschungsprogrammes. In: Breyvogel, W. (Hrsg.): Pädagogische Jugendforschung. Erkenntnisse und Perspektiven. Opladen, S. 227-257.
- Reichert, S. & Wermker, K. (2005): Kleinräumige Analyse sozio-demographischer Daten. In: Kessel, F., Reutlinger, Chr., Maurer, S. & Frey, O. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, S. 459-460.
- Von Freyberg, T. & Wolff, A. (Hrsg.) (2005): Störer und Gestörte. Bd. 1: Konfliktgeschichten nicht beschulbarer Jugendlicher. Frankfurt am Main.